

**Martin Schulze Wessel: Der Prager Frühling.** Aufbruch in eine neue Welt. Reclam. Ditzingen 2018. 323 S., Ill. ISBN 978-3-15-011159-8. (€ 28,-)

**The Prague Spring as Laboratory.** Proceedings of the Annual Conference of Collegium Carolinum Bad Wiessee, 26-29 October 2017. Hrsg. von Martin Schulze Wessel. (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 40.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2019. VI, 304 S. ISBN 978-3-525-35598-5. (€ 50,-)

Beide Publikationen beschreiben den Prager Frühling als eine vor allem von Intellektuellen vorangetriebene und dominierte Bewegung und als herausragendes Beispiel für die Erneuerungsfähigkeit und Gestaltbarkeit einer Gesellschaft. Die glänzenden politischen, kulturellen und sozialen Perspektiven, mit denen beide Bände die Bewegung des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei umgeben, legen die Frage nahe, warum die „samtene Revolution“ von 1989 nicht an den Prager Frühling anknüpfte. Die Antwort beider Publikationen ist freilich eher dünn, und wenn man sich nicht mit der Vermutung zufrieden geben will, 20 Jahre „Normalisierung“ hätten allgemeine gesellschaftspolitische Skepsis begründet, kann vielleicht ein Blick auf die konzeptionell-methodischen Voraussetzungen beider Darstellungen ein wenig zur Klärung dieser Frage beitragen.

Beide Bände verstehen die tschechoslowakische Reformbewegung als emanzipatorische Bewegung, die in der fortschreitenden Ausgrenzung gegen die Herrschaftsstrukturen der stalinistischen Epoche seit Beginn der 1960er Jahre ein wachsendes Maß an gesellschaftlicher Freiheit sicherte. Einige Beiträge des Sammelbandes bringen diesen Prozess zugleich mit der Entstehung einer in der Tendenz kritischen Öffentlichkeit in Verbindung, an deren Funktionsweise sie allerdings häufig nur bescheidene Anforderungen stellen. So findet etwa der 1968 zu beobachtende Übergang zur politischen „Öffentlichkeitsarbeit“, welche die Akklamationsbereitschaft der Bevölkerung durch marktgerechte Präsentation, Aufmachung und Verpackung der politischen Führungsgarnitur fördern sollte, bei Martin Schulze Wessel ausgesprochen positive Resonanz, wie seine Ausführungen zum „telegen Keepsmling“ (S. 170) des ZK-Sekretärs Čestmír Císař und zu den publikumswirksamen Sprüngen Alexander Dubčeks vom Drei-Meter-Turm im Freibad zeigen. Arbeiter eines Pilsener Betriebes hatten die ersten Vorboten dieser Scheinöffentlichkeit bereits 1956 als „Personenkult“ verspottet.

Beide Untersuchungen halten Gewalt und Terror der Stalin-Ära für allgegenwärtige Phänomene, ohne anzumerken, dass sie in breiten Bevölkerungskreisen gar nicht als solche rezipiert und von daher auch nicht kritisch gesehen wurden. Das gilt beispielsweise für die Gewaltexzesse gegenüber den „Kulaken“ im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft, die in den bäuerlichen Unterschichten in hohem Maße mit dem Vollzug sozialer Gerechtigkeit gleichgesetzt wurden, wie u. a. Karel Jech gezeigt hat.<sup>1</sup> Insofern ist es nur konsequent, wenn beide Bände den Abbau kommunistischer bzw. stalinistischer Herrschaft mit dem Gewinn einer neuen, schier unbegrenzten gesellschaftlichen Freiheit identifizieren. Nur ein einziger der 17 Einzelbeiträge des Sammelbandes, nämlich der von Marina Z a v a c k á stellt die Frage, in welcher Weise das Dubček-Regime seinerseits Ideologien etablierte, also Zwangsformen der Verständigung, die auf der Ohnmacht gegenüber systemischer Komplexität beruhten. Im Hinblick auf die Breite der Reformdiskussionen in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 und damit auf das soziale und politische Gewicht der diese Diskussionen im Wesentlichen bestimmenden Intellektuellen suggeriert die Mehrzahl der Beiträge entweder gesamtgesellschaftliche Resonanz des intellektuellen Diskurses oder geht auf diesen Punkt gar nicht ein. Nur zwei Autoren, Jan M e r v a r t und Ivan L a n d a, zeigen anhand ihrer Analysen der radikaldemokratischen Strömung im Prager Frühling, dass die Meinungsbildung der Intellektuellen im Wesentlichen auf deren Milieu beschränkt blieb, auch wenn sich Schriftsteller, Wissenschaftler und Publizisten gern mit Eti-

<sup>1</sup> KAREL JECH: *Soumrak selského stavu* [Die Dämmerung des Bauernstandes], Praha 2001.

ketten („Gewissen der Nation“) schmückten, die ein gewisses Bedürfnis nach „Volksnähe“ zum Ausdruck brachten. Beide Autoren rücken das Verhältnis der Intellektuellen zur Masse der Bevölkerung in die Nähe eines „demokratischen Elitismus“, der mehr die privilegierte Durchsetzung gruppenspezifischer Sonderinteressen als einen basisnahen Prozess des öffentlichen Raisonnements im Auge hatte. Bei Mervart heißt es dazu: „real contact with working people from the intellectuals' side was never established“ (Sammelband, S. 112), während Landa die Auffassung vertritt, die Intellektuellen hätten in ihrer Rolle als Wortführer der Reformdiskussion bloß den Paternalismus der Partei durch den Paternalismus der *intelligenzija* ersetzt.

Gegenüber den Zusammenhängen, die den Eindruck erwecken, dass die soziale Dimension der Bewegung des Prager Frühlings und speziell auch seine Prägung durch die Intellektuellen zu hoch veranschlagt werden, könnten die Autoren geltend machen, dass eine breite gesellschaftliche Grundlage der Diskussionen im Prager Frühling durch die überall zu erkennende intensive Wiederbelebung der Vorkriegstraditionen des Landes in Politik und Kultur gewährleistet wurde. Sch. W. verbindet denn auch seine Darstellung mit dem Entwurf einer neuen Zeitordnung für den Übergang des Staatssozialismus zu einer Nachfolgeordnung, die „Vergangenheit als Zukunft“ hervorhebt. Der Staatssozialismus mit seinem „schematisch vorgezeichneten Fortschritt“ habe „keine Vorstellung von Kontingenz und Spontaneität“ (Monografie, S. 286) zugelassen. Das Plädoyer für eine Zeitordnung, die Zukunft unter Einbeziehung von Elementen der Vergangenheit offener gestaltet, wofür im vorliegenden Fall u. a. der Rückgriff der Reformbewegung auf das Demokratieverständnis der Ersten Tschechoslowakischen Republik steht, ist freilich zwiespältig. Dass traditionelle Konfliktlagen für offen konzipierte Zukunftsperspektiven wenig hergeben, liegt auf der Hand.

Beide Bände verzichten denn auch darauf, das Thema „Arbeiterschaft“ genauer in den Blick zu nehmen. So ist auf der einen Seite von einem ständigen Abbau kommunistischer Herrschaft die Rede, andererseits bleibt unerwähnt, dass wichtige Säulen kommunistischer Herrschaft, etwa die Wirtschaftsbürokratie, vom Reformprozess überhaupt nicht angetastet wurden: Die seit 1948 erhobene und im Prager Frühling mehrfach vorgetragene Forderung der Arbeiter nach Selbstverwaltung, die die Macht der industriellen Bürokratie ganz erheblich eingeschränkt hätte, fand bei der reformierten Parteiführung keine Resonanz. Dies trug auch dazu bei, dass die Arbeiter den 1968 propagierten demokratischen Sozialismus als „Managersozialismus“ verspotteten. Sch. W. hält die im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) vom April 1968 eingeführten Arbeiterräte (*radý pracujících*) für Organe der Arbeiterselbstverwaltung, doch standen die Räte auch nach Aussage des Aktionsprogramms in einem anderen Zusammenhang. Sie entsprangen der Überlegung, dass die Arbeiter – da sie mit zunehmender Autonomie der Betriebe im Zuge der 1965 eingeleiteten Wirtschaftsreform den sozialen Risiken dieser Reform direkt ausgesetzt wurden – an der Leitung des Betriebes beteiligt werden sollten. Diese Beteiligung sollte jedoch, so das Aktionsprogramm, „nichts an der unteilbaren Autorität und Vollmacht“ der leitenden Mitarbeiter des Betriebes ändern.<sup>2</sup> Vorherrschend war in der reformierten KPTsch-Führung die Tendenz, Partizipation im Betrieb im Hinblick auf das Gelingen der Wirtschaftsreform zu funktionalisieren, auch wenn in parteiinternen Diskussionen gelegentlich große Worte von der Errichtung der „wirklichen Macht der Arbeiterklasse“<sup>3</sup> fielen.

Im Übrigen neigt der Vf. dazu, die Macht der Arbeiterschaft aus den ideologischen Präferenzen der noch stalinistisch geprägten KPTsch herzuleiten und als eher beherrschende, re-

<sup>2</sup> Zit. nach den Auszügen aus dem Aktionsprogramm bei ANGELIKA EBBINGHAUS (Hrsg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*, Hamburg 2008, S. 47.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 59.

formunwillige und bloß am Status quo interessierte soziale Klasse darzustellen. Da es der Arbeiterschaft aufgrund ihrer tief greifenden Umschichtung nach dem Zweiten Weltkrieg an klaren Strukturen fehlte, sei kaum zu entscheiden, so der Autor, wer „legitimerweise“ (Monografie, S. 187) für sie sprechen durfte – ein Einwand, der freilich auch im Hinblick auf alle anderen sozialen Gruppen und Klassen gilt. Die Konsequenz im vorliegenden Fall ist: Während Politiker, Intellektuelle und die akademische Jugend bis hin zur Schönheitskönigin der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität „für sich“ sprechen dürfen, gehört der „kleine Mann“ zu denjenigen, die nicht denken und handeln, sondern *gedacht werden* – Ausdruck einer tribalistischen Sicht auf die Gesellschaft als scharf voneinander abgegrenzte Schichten und Lebenskreise. Dieses neuerdings bei den jungkonservativen Gebildeten modisch gewordene Konzept spielte zunächst auch bei der Aufarbeitung des Staatssozialismus durch die tschechische Forschung eine Rolle und artikuliert sich dort ebenfalls als das nicht gerade Erkenntnis fördernde Bedürfnis, es dem ideologischen Lieblingskind der KPTsch ordentlich heimzuzahlen. Inzwischen ist die tschechische Forschung über dieses Stadium hinaus, wie u. a. der Beitrag von Pavel Kolář über „Interpreting the Prague Spring. Disillusion, Melancholia, and the Waning of the Left“ deutlich macht.

Das (vermutete) geringe gesellschaftliche Gewicht der Arbeiterschaft resultiert für Sch. W. vor allem daraus, dass sich ihre historische Rolle im Rahmen des Aufbaus des Staatssozialismus erschöpft hatte: Die Intellektuellen erscheinen ihm als der neue gesellschaftliche Machtfaktor ersten Ranges, genauer: als die *nächste* herrschende Klasse in Wartestellung. Dafür soll der legitimatorische Nutzen sprechen, den die KPTsch aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und aus den Reformprojekten des politischen Systems zog sowie aus der Forderung der Intellektuellen, der Wissenschaft die führende Stellung in der Politik einzuräumen. Die sich im Prager Frühling anbahnende Technisierung, Automatisierung und Intellektualisierung der Produktion überschritt die traditionellen sozialen Rollen und die Fähigkeiten der als „Masse“ formierten Arbeiterschaft. Im „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ sollten, vermittelt durch die Intellektuellen, Kreativität und Phantasie Einzug in die Arbeitswelt halten.

Dazu ist festzustellen, dass die tschechoslowakische Wirtschaft der 1960er Jahre – wie die aller ost(mittel)europäischer Länder – sehr weit entfernt war vom Übergang ins postfordistische Zeitalter, auch wenn die KPdSU bereits 1956 den strukturellen Wandel der Industrie durch die Verwissenschaftlichung der Produktion als maßgebendes Ziel der staatssozialistischen Entwicklung proklamiert hatte. Die ersten umfassenden Darstellungen dieses Übergangs von Alain Touraine (1969) und Daniel Bell (1973) lassen keinen Zweifel daran, dass dieser strukturelle Wandel der Produktion so gut wie ausschließlich Westeuropa und die USA erfasste. Zum technischen Niveau der tschechoslowakischen Industrie mag hier dieser Hinweis genügen: Noch 1960 lag der Anteil der Handarbeit im tschechoslowakischen Maschinenbau bei 65 Prozent. Ebenso fraglich ist die Annahme von der Fähigkeit der Intellektuellen, im Industriebetrieb ein Mindestmaß an Kontrolle über die Arbeiter auszuüben, die erforderlich gewesen wäre, um ihnen „Kreativität und Phantasie“ beizubringen. Mitarbeiter des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, die in den Industriebetrieben in Pardubice die Gründung der oben erwähnten Arbeiterräte überwachen sollten, mussten die Erfahrung machen, dass die Arbeiter vor ihren Augen und ganz und gar im Widerspruch zu den Vorstellungen der Partei und des Wirtschaftsministeriums die Gründung der Arbeiterräte mit der größten Selbstverständlichkeit dazu nutzten, um das organisatorische Potenzial zur Durchsetzung von Lohnforderungen zu stärken.

Die Reformbewegung der 1960er Jahre – um zu resümieren – lebte von einem nahezu unbegrenzten Vertrauen in die Veränderbarkeit und sozialtechnische Regulierbarkeit komplexer gesellschaftlicher Verhältnisse. Es sieht aber nicht so aus, als hätte sie an den Grundfesten industrieller Herrschaft rütteln wollen, wie ein Blick auf die Situation der Arbeiterschaft zeigt. Die Praxis der Arbeiterräte erwecke nicht den Eindruck, fand ein tschechischer Gewerkschafter im Oktober 1968, dass nun, auf der parteioffiziell behaupteten „höheren Stufe“ sozialistischer Entwicklung, mit den liegen gelassenen Fragen der „Hu-

manisierung der Arbeit“ und der „Überwindung der Entfremdung“ Ernst gemacht werden sollte. Im Bewusstsein der Arbeiter seien Fragen dieser Art nicht verschüttet. Die Literatur über den Prager Frühling – und die beiden vorliegenden Darstellungen bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme – hat immer mit der Schwierigkeit zu tun, dass sich kritische Überlegungen nicht gegen die suggestiven Bilder behaupten können, die das Thema hervorgerufen pflegt: die alte Geschichte von David und Goliath, vom Konflikt zwischen Geist und Macht, vom „Biafra des Geistes“ (Louis Aragon). Um kritische Überlegungen kommt man jedoch nicht herum, wenn man versucht, zunächst einmal die Frage nach der Eigenart der im Prager Frühling avisierten sozialistischen Verhältnisse zu stellen. Das Aktionsprogramm der KPTsch gibt darauf eine eindeutige Antwort: Es ist eine einzige Kampfrede gegen die niedrige Arbeitsmoral der Arbeiter und schließt in diesem Sinne an ältere, aber zählebige Sozialismus-Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie an, die Friedrich Ebert nach dem Ersten Weltkrieg unter der Signatur „Sozialismus heißt viel arbeiten“ zusammenfasste. In seinen gesellschaftspolitischen Bezügen verweist der von der KPTsch gefeierte Richta-Report über die wissenschaftlich-technische Revolution ebenfalls auf sozialdemokratische Wurzeln. Josef Dietzgen hatte einst formuliert: „In der [...] Verbesserung [...] der Arbeit [...] besteht der Reichtum, der jetzt vollbringen kann, was bisher kein Erlöser vollbracht hat.“<sup>4</sup> Von da ist es nur ein kleiner Schritt zu der im Richta-Report vermittelten Illusion, dass die im Rahmen des technischen Fortschritts verrichtete Fabrikarbeit eine politische Leistung darstelle. Arbeit, die so verstanden wird, läuft auf eine Ausbeutung der Natur hinaus, die der Richta-Report dann mit naiver Genugtuung der Ausbeutung des Proletariats gegenüberstellt.

Moosburg

Peter Heumos

<sup>4</sup> Zit. nach WALTER BENJAMIN: Gesammelte Schriften. Bd. 1: Abhandlungen, Teil 2, Frankfurt am Main 1974, S. 699.

**Jessie Labov: Transatlantic Central Europe.** Contesting Geography and Redefining Culture beyond the Nation. Central European University Press. Budapest – New York 2019. 213 S. ISBN 978-615-5053-29-0. (€ 47,-)

Die Kultur des ostmitteleuropäischen Exils und des Samizdat gehört der analogen Ära an und ist ein regionales Phänomen geblieben, das allmählich in Vergessenheit gerät. Es ist daher umso erfreulicher, dass das Buch von Jessie Labov diesen Themenkomplex ins digitale Zeitalter überträgt und neu definiert. Ihre Studie ist in zwei Teile gegliedert: Im ersten wird die Zeitschrift *Cross Currents. A Yearbook of Central European Culture* im Hinblick auf ihr imaginäres Bild vom „Transatlantic Central Europe“ dargestellt, und im zweiten werden Versuche analysiert, sich mit der Eigenart des Widerstands gegen den Kommunismus im Exil auseinanderzusetzen und das politische Engagement osteuropäischer Künstler nach 1989 neu zu definieren. Der Band enthält neben einer umfangreichen Bibliografie ein Register der Personen und Institutionen, ein Verzeichnis der auf den Titelseiten von *Cross Currents* abgebildeten Skulpturen sowie eine Liste von Landkarten, die das Phänomen der Exilzeitschrift *Kultura* geografisch erfassen.

Das von L. präsentierte Konzept „Transatlantic Central Europe“ beruht auf einer breit angelegten Konstellation von politischen Praktiken, Bedeutungen und geografischen Kontexten, in denen Menschenrechtler und Emigranten aus dem sozialistischen Osteuropa wirkten. Einen weiteren Faktor bildet die Tatsache, dass sich Dissidenten sowohl vom traditionellen (wie L. schreibt: „pangermanischen“) Begriff „Mitteleuropa“ als auch vom sowjetisch geprägten Terminus „Osteuropa“ distanzieren. Die Einbeziehung der Zeitschrift *Cross Currents*, die 1982-1994 in den USA erschien, ermöglicht es, auf das Phänomen „Transatlantic Central Europe“ wie durch ein umgedrehtes Fernglas zu blicken: Das amerikanische Journal bildet hier einen inhaltlichen Rahmen, innerhalb dessen Mikrokosmos die sprachliche und literarische Vielfalt Ostmitteleuropas zelebriert wird. Im zwei-